



Interviews

Datum: 24. August 2023

Christoph Heinemann im Gespräch mit Matthias Miersch, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag.

Christoph Heinemann: Zu den Baustellen innerhalb der Ampel-Koalition gehören die hohen Stromkosten in Deutschland. Allerdings ziehen die beteiligten Parteien nicht an einem Strang. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und seine Bündnis 90/Grünen sowie ein Bündnis aus Industrie und Gewerkschaften fordern einen subventionierten Industriestrompreis als Brücke, bis Energie wieder günstig sein wird. Kanzler Olaf Scholz und die FDP haben den Plänen bislang eine Absage erteilt. Unterstützung erhalten sie unter anderem vom Chef des Münchener ifo-Instituts. Klemens Fuest warnt vor der Einführung eines subventionierten Strompreises für die Industrie und er sagt, stattdessen sollten Steuern und Abgaben auf Industriestrom auf das europarechtlich zulässige Minimum begrenzt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion legt heute ein eigenes Papier zu einem Transformationsstrompreis von fünf Cent pro Kilowattstunde für Unternehmen, die besonders viel Energie benötigen, vor. Erläutern kann uns das Matthias Miersch, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für Klimaschutz und Energie, Wahlkreis Hannover. – Guten Morgen.

Matthias Miersch: Guten Morgen!

Heinemann: Was planen Sie genau?

Miersch: Es geht darum, dass wir Schlüsselindustrien, die energieintensiv sind, die auch im internationalen Wettbewerb stehen, die Planungssicherheit geben, indem wir sagen, für einen begrenzten Zeitraum von fünf Jahren garantieren wir einen Strompreis von fünf Cent. Damit gibt es die Sicherheit, die wir auch im letzten Jahr als SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt haben für viele Bereiche, indem wir die Energiepreisbremsen eingeführt haben im Bereich Strom und Gas.

Heinemann: Wie wollen Sie diese Subvention finanzieren?

Miersch: Wir haben den Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit 200 Milliarden im letzten Jahr beschlossen, angesichts des Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine, wo wir diese Energiepreisbremsen wirtschaftlich und finanziell abgesichert haben. Diese 200 Milliarden sind zum Glück nicht vollständig ausgeschöpft worden, so dass wir hier finanzielle Mittel ha-

ben, die auch von der Zweckbindung her genau dem entsprechen, was wir jetzt als SPD vorhaben, nämlich die Schlüsselindustrien, die wir brauchen, die Planungssicherheit brauchen, die wir in Deutschland halten wollen, aus diesem Topf zu finanzieren und ihnen die notwendige Sicherheit zu geben.

Heinemann: Herr Miersch, Sie sagten eben, das Ganze für fünf Jahre. In Ihrem Papier steht, bis ausreichend günstiger Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung steht. Wann wird das denn sein?

Miersch: Wir sehen jetzt gerade – das ist, denke ich, ein sehr, sehr großer Fortschritt in dieser Ampel-Koalition, dass wir viele Dinge, die wir in der Großen Koalition mit der CDU/CSU nicht durchsetzen konnten, beispielsweise die Frage Ausbau von Windkraft, wo wir jetzt das „Wind an Land“-Gesetz im letzten Jahr beschlossen haben, was die Länder dazu verpflichtet, bestimmte Ausbauquoten bis 2030 zu erfüllen, dass dort ein Fundament geschaffen worden ist, jetzt das Solarpaket, was wir im Herbst beschließen werden, die Frage des überragenden öffentlichen Interesses der erneuerbaren Energien. Da haben wir ganz viel gesetzlich im letzten Jahr verändert, so dass wir jetzt sehen, dass auch dort der Hochlauf der Erneuerbaren passiert. Aber er wird nicht von heute auf morgen passieren. Wir werden diese zeitliche Sphäre von fünf Jahren – das haben wir jetzt in dieses Papier geschrieben; wir werden aber dazwischen auch evaluieren können, diese zeitliche Sphäre von fünf Jahren nehmen wir, um diese Sicherheit zu garantieren, wie es zum Beispiel auch andere Staaten ja machen. Frankreich hat einen Industriestrompreis, Herr Biden in den USA macht das. Insofern ist das nicht ganz neu. Wir wollen aber die Sicherheit hier in Deutschland geben, um die Industrie bei uns zu halten.

Heinemann: Allerdings, sowohl der Bundeskanzler als auch der Koalitionspartner FDP lehnen einen subventionierten Industriestrompreis ab. Inwiefern haben Sie für die Tonne gearbeitet?

Miersch: Erstens ist richtig, dass wir auch in dieser Ampel-Koalition – das merkt man ja auch häufiger – unterschiedlicher Auffassungen sind. Das gehört zur Politik. Die Frage ist, wie man sich der Differenzen annimmt. Ich glaube, dass wir jetzt sicherlich einen sehr konstruktiven Dialog erleben werden, auch mit der FDP. Bundeskanzler Olaf Scholz hat deutlich gemacht, er will keine Gießkannensubventionierung und keine unendliche Subventionierung. Das wollen wir auch nicht. Deswegen sagen wir ganz bewusst, es muss bestimmte Industriezweige betreffen, es muss zeitlich befristet sein, und wir wollen auch das Ganze an Bedingungen knüpfen, dass zum Beispiel diese Industrien auch in die erneuerbaren Energien, in Effizienzmaßnahmen oder auch in den Bereich Wasserstoff investieren.

Heinemann: Apropos Effizienz. Nach Ihrem oder auch nach Robert Habecks Modell subventioniert der Staat das, was er selbst vorher mit Steuern und Abgaben verteuert hat. Wie sinnvoll erscheint Ihnen das?

Miersch: Nein, wir sehen eindeutig, dass die Entwicklung, die Strompreisentwicklung an äußeren Faktoren gekoppelt ist. Die Steuern und Abgaben bestanden auch vorher schon. Wir sehen jetzt, dass der russische Angriffskrieg Folgen hat auf die Energiepreise. Deswegen haben wir im letzten Jahr breit reagiert, auch für Verbraucherinnen und Verbraucher, für Unternehmen und für Industrie. Jetzt gehen wir im internationalen Wettbewerb den Schritt, den andere Staaten genauso tun, die ein ganz anderes Steuer- und Abgabensystem haben.

Heinemann: Sie wissen, dass der Strompreis in Deutschland verteuert wird durch Steuern, durch Netzentgelte, durch Umlagen und Abgaben. Ich will mal einige nennen: die Kraftwärmekoppelungsgesetzumlage, die Stromnetzentgeltverordnungsumlage, die Offshorehaftungsumlage, die Umlage für abschaltbare Altlasten. Warum schlagen Sie keine Schneisen durch diesen Dschungel, wie Klemens Fuest das vorschlägt?

Miersch: Wir haben beispielsweise die Erneuerbaren-Energien-Umlage abgeschafft. Insofern sind wir dort auch schon tätig geworden. Aber das wäre genau die Gießkanne. Das wären breite Maßnahmen für Entlastungen. Wir wollen hier aber ...

Heinemann: Das heißt, Sie sind auf breiter Ebene für hohe Stromkosten? Habe ich das richtig verstanden?

Miersch: Nein, das sind wir nicht. Deswegen haben wir zum Beispiel die Energiepreisbremsen letztes Jahr eingeführt. Aber wir haben zum Beispiel Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und die wahnsinnig unter Druck kommen, weil andere Länder genau das machen, was wir jetzt fordern, und insofern wollen wir hierauf reagieren für bestimmte Schlüsseltechnologien, für bestimmte Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb sind und die stromintensiv sind. Insofern sind es gezielte Maßnahmen und genau nicht diese Gießkannenmaßnahmen, von denen Sie jetzt gesprochen haben.

Heinemann: Sie und auch die Grünen, Herr Miersch, wollen das Wirtschaftsgeschehen mit staatlichen Subventionen von außen steuern. Die FDP will die Rahmenbedingungen für Unternehmen etwa durch Steuersenkungen so verbessern, dass sie von sich aus erfolgreich wirtschaften können. Welcher Ansatz ist der marktwirtschaftlichere?

Miersch: Das ist der Grundunterschied. Die Sozialdemokratie lebt immer davon und hat immer so gearbeitet, dass wir nicht sagen, wir überlassen das Leben dem Markt. Der Markt ist nicht per se nachhaltig, ökologisch oder sozial.

Heinemann: Kann der Staat besser wirtschaften als der Markt?

Miersch: Der Staat, das ist Gesellschaft, das ist Politik, das ist die grundsätzliche unterschiedliche Auffassung zwischen FDP und der SPD. Wir machen Rahmenbedingungen, weil der Markt per se gerade nicht sozial oder ökologisch oder ökonomisch sinnvoll ist. Das ist die Aufgabe von Politik, Rahmenbedingungen zu setzen. Aber wir werden uns in der Ampel, wie wir das an anderen Stellen ja auch gemacht haben in den letzten zwei Jahren, sicherlich darüber verständigen, wie stark Maßnahmen sein können, wie weit wir in den Markt eingreifen, wie wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen, aber auch für Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen setzen. Das ist der Ursprung von Politik, dieses in Form von Gesetzen klarzumachen, und hier geht es um die Preise jetzt. Es geht aber auch um Anreize, zum Beispiel jenseits von der Industrie für den Mittelstand. Auch da müssen wir bestimmten Unternehmen helfen, wenn sie umsteigen beispielsweise auf die erneuerbaren Energien, auf andere Formen der Produktion.

Heinemann: Stichwort staatliche Eingriffe. Über ein Ergebnis rot-grüner Energiepolitik berichtete kürzlich die „Bild“-Zeitung. Im Juli hat Deutschland 5783 Gigawattstunden Strom eingeführt. Noch nie hat Deutschland in einem Monat so viel Strom kaufen müssen. Der Importpreis lag mit 97 Euro pro Megawattstunde knapp 16 Euro über dem Exportpreis von 83. Warum muss Deutschland nach der Abschaltung der letzten AKW so viel Strom einführen?

Miersch: Erstens ist das eine punktuelle Betrachtung. Wenn man das Ganze, die Jahresbilanz sieht, sehen wir auch, dass Deutschland Strom exportiert. Insofern ist das nur eine sehr verkürzte Betrachtung. Aber richtig ist, wir haben ein europäisches Verbundsystem. Dort gibt es einen Austausch. Wir haben massiv Strom nach Frankreich geliefert, weil die Atomkraftwerke dort ausgeschaltet, abgeschaltet werden mussten aufgrund der Witterungsbedingungen oder dem Zustand dieser Atomkraftwerke. Am Ende stimmt es, wir werden an vielen

Stellen verstromen. Wir werden weggehen von fossiler Energie im Heizungsbereich, im Mobilitätsbereich, und deswegen wird der Strombedarf steigen. Deswegen ist der Schlüssel zu allem der massive Ausbau von erneuerbaren Energien, den wir massiv fördern.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.